

Geschiedlich
 Abonnementpreis monatlich 1.50 M.
 vierteljährlich 4.50 M.
 halbjährlich 8.00 M.
 jährlich 15.00 M.
 Einmalige Beiträge 50 Pf.

Die Neue Welt
 Unterhaltungsblätter, humoristisch, satirisch, literarisch, wissenschaftlich.
 Preis 50 Pf.

Verlag Dr. 1047.
 Salzenburger-Druckerei.
 Postfach 1047.



Infektionsgefahr
 Vermeidung durch Desinfektion.
 Preis 50 Pf.

Infektion
 Vermeidung durch Desinfektion.
 Preis 50 Pf.

Verlag Dr. 1047.
 Salzenburger-Druckerei.
 Postfach 1047.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Curgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Charlottenburg
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Satan's Güte.

Vor reichlich drei Jahren war's, in den ersten Tagen des neuen Jahresberichts, da sprach der Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherr v. Mirbach, auf der Generalversammlung des Evangelischen Kirchenbau-Vereins zu Berlin gar fromme Worte. Er warnte die gläubigen Christen vor des Satan's Tücke, die der Frommen Seelen untrübe und ins höchste Verderben zu reißen trachte. Nur brünnliches Gebet könne den Menschen aus den Klauen des Satans befreien.

Als sprach der Oberhofmeister Excellenz Freiherr v. Mirbach, und die Anwesenden, die seinen Worten lauschten, dachten bei sich: Auf diesem Gebenredeten verläuft sich des Satan's Tücke umsonst; er ist geist gegen alle Umarmungen. Aber als! Trauer einer dem Teufel! Just um dieselbe Zeit hatte Satan seine Klauen schon fest um den Brustgürtel gefaßt. Im Oktober und November 1900, nur wenige Wochen vor jener Versammlung des Evangelischen Kirchenbau-Vereins, hatte Mirbach von den Direktoren der Sommerbank, den jetzt wegen allerlei Schwindeltaten vor Gericht stehenden Herren Komeid und Schulz, 685 795 M., erhalten für — Kirchenbauten und andere Wohltätigkeitszwecke.

Als im März vorigen Jahres der Sommerbankfrage zum ersten Male verhandelt wurde, lief schon ein geheimnisvolles Räumen durch die Korridore des Gerichts vor sehr hohen Justizstellen für die verdächtigsten Millionen. Man suchte sich alle die Hörsäle in die Ohren, wie die Sommerbankdirektoren es verstanden hätten, zu Hofbankiers der Kaiserin gemacht zu werden. Aber wie man im Hause des Obhängigen nicht vom Gericht reden soll, so wurden auch die Gerichtenen nicht mit gegenseitigen Eiden vertrieben. Noch vor zwei Wochen, als bereits die neue Auflage des Prozesses begonnen hatte — der erste endete mit Freisprechung der Angeklagten — meinte der Vorsitzende, die Frage, wie die Sommerbank Hofbank der Kaiserin habe werden können, stehe außerhalb des Rahmens der Prozessverhandlung.

Nun ist plötzlich der sorgsam getütelte Schleier des pflanzten Geheimnisses grauhaft zerissen worden. Nicht von den Angeklagten Komeid und Schulz. Sie haben es als inwarte Geheimhaltungsstreng im Augen gehabt. Der Geheimrat v. Mirbach, ein Bruder des preussischen Finanzministeriums, war es vielmehr, der als Zeuge unter Berufung auf seinen Zeugniss, nach dem er „nichts verschweigen“ dürfe, die grauame Entfällung vornahm.

Es ist ein alter, berechtigter Grundsat, man dürfe niemandem andere Beweggründe für sein Handeln unterstehen, als die, zu denen er selbst sich bekannt. Deshalb muß man sich auch bei der Erklärung des Geheimrats v. Mirbach errei, er sei zu seiner Entfällung getrieben worden durch den Zwang seines Gewissens und durch den Wortlaut des geleisteten Zeugnisses. Geheimräte haben ja bekanntlich ein äußerst empfindliches Gewissen; sie handeln nie gegen ihre Überzeugung und verheimlichen nicht etwas, was ihnen etwas bringt. Schon aus diesem Grunde muß die Bekretung v. Mirbachs über den Gewissenszwang, der ihm die Entfällung abgepreßt habe, genügen. In Wirklichkeit wirkten aber die Entfällungen wie ein tödlicher Streich, der gegen den Oberhofmeister v. Mirbach geführt werden sollte. Das empfinden die Verteidiger der Angeklagten, Reichsanwalt Verhauser, sehr gut. Er begehrt deshalb dringend, zu erfahren, von welcher Seite der Streich geführt werde, vom Ministerium oder von der Börse. Geheimrat v. Mirbach wollte auch nach dieser Richtung „nichts verschweigen“. Er teilte mit, daß er etwa vor Jahresfrist mit dem Minister v. Bötticher über die Angelegenheit gesprochen habe, weil er beschäftigt hätte, an Mirbach herangetreten und ihm um Rückgabe des Geldes zu bitten. Da er jedoch gehört habe, das Geld sei nicht mehr vorhanden und ein richtiger Anspruch auf Rückzahlung bestesse nicht, habe er das Verlangen nicht an den Oberhofmeister gestellt.

Aus den Büchern hat sich nach der Zeugnisaussage v. Mirbach ergeben, daß im Jahre 1900 die bereits genannte Summe von 685 795 M. aus Bankgeldern genommen worden waren. Davon waren 157 802 M. auf Schulz gebucht, 24 687 M. auf Komeid und über 500 000 M. auf beide gemeinschaftlich. Die Angeklagten gaben den Tatbestand an, erklärten jedoch, sie hätten es nicht behalten sondern weitergegeben. Wer es bekommen habe, lebten sie ab zu sagen; es sei zum Zwecke der Förderung der Bank verwendet worden.

Budde enthielt darauf weiter. Durch Mitteilungen von geschädigten Forderungsbekanntern habe er erfahren, das Geld der Sommerbank sei verschleudert worden, um den Angeklagten dadurch Ehren und Titel zu erwerben. Das sei nach der Ermittlungen des Zeugen richtig. Die Angeklagten hätten nur das Recht gehabt, ein großes Maß an sich selbst, was sie als Ausschlag für andere zu benutzen. Der größte Teil der Gelder sei an Sr. Excellenz den Freiherrn v. Mirbach geflossen. Und nun veränderte der Zeuge, daß die erste Anweisung an Freiherrn v. Mirbach — der 150 000 M. lautet, die zweite auf „Sr. Excellenz“ — auf 150 000 M. lautet, die dritte auf 102 000 M., die dritte auf 350 000 M., die in verschiedenen Posten vom 11. bis 16. Oktober 1900 erhoben worden ist; eine vierte Mitteilung v. Mirbachs lautet auf 25 000 M. Ueber einen Posten von 5000 M. konnte nach Zeugniss ermittelt werden, ebenso fünf andere kleinere Beträge. Geheimrat v. Mirbach schloß:

„Wenn das also wahr ist, was ich hier ausgeführt habe, so wäre es richtig, daß die Angeklagten das Geld der Bank benutzt hätten, um damit Wohltätigkeit in so großem Maßstabe zu üben.“

Die Wohltätigkeit bestand in Beiträgen zu Kirchenbauten in Berlin, wie denn auch 350 000 M. aufs Konto K. (Kirchenbauten) gebucht waren. — Die Angeklagten wurden vom Vorsitzenden gefragt, ob sie etwas darauf erwidern wollten. Sie hätten wohl gern gewollt; aber da es ihnen nichts lagen um ihre eigenen Interessen wüßten, konnten sie die Welt wohl noch einiges Interessante mehr erfahren. Schulz bezieht sich nur auf Erklärung für „eventuell“ vor. Dem Verteidiger lag natürlich daran, die Budget des Reiches, die er genau er-

kannte, nach Möglichkeit abzuschwächen. Er hob hervor, daß doch auch andere Institute Gelder für Wohltätigkeit bezogen, z. B. die Deutsche Bank dem Sultan hohe Summen. Komme danach eine Verbesserung, so sage man doch nicht gleich, die Summen seien gegeben worden, um die Bekämpfung zu erzielen. Sehr gelassen antwortete v. Mirbach, was die Sache mit dem Sultan anlangt, so sei er selbst in Konstantinopel gewesen und habe mancher über die Sache gehört. Man nennt das Bakisch, und man weiß, wozu man es gebe.

Auf Befragen des Vorsitzenden erkannte Schulz und Komeid ausdrücklich die Unterschreiden des Oberhofmeisters v. Mirbach unter den Duitungen als echt an.

So wird's also gemacht! Schwindlerische Bankdirektoren nehmen das ihnen anvertraute Geld, verschicken es zu Kirchenbauten und anderen Wohltätigkeiten, erhalten dafür hohe Titel und Ehren, werden Hofbankiers, und wenn dann die Kirchen gebaut, die Banken verkracht sind, so werden die um ihr Geld Gepraelten, wie es nach dem Zusammenbruch der Sommerbank geschehen ist, von einer Hofbank brieflich auf Gott und seine ewige Gnade verwiesen, der ihnen schon Trost und Kraft verleihe werden, die richtige Prüfung zu überleben. Auch Sünden war bekanntlich ein frommer Kirchenbau und Alarbedenkmal.

Wohltätigkeit, in welcher der neuen Berliner Kirchen das „Wohltätigkeitsgeld“ der Sommerbank fließt, man würde wirklich verstaubt einige Predigten in demselben zu besuchen. Während oben von der Kanzel herunter der Pfaff sein Sprichlein auflegt von der Gültigkeit der Welt, der Vergänglichkeit aller irdischen Reichtümer, der Unvergänglichkeit aller unvergänglichen geistlichen Reichtümer, und den Tugenden Satans und unten die Gläubigen je nach Temperament und dem Grade feierlicher Jubelstimmung die heiligen Reden, mehr oder weniger tief in Ohren und Herzen dringen lassen — während dieser meistwachen halben Stunde in einem abgemessenen Winkel der Kirche stehen, sich das ganze Ding betraden und mit guttölicher Grindelhaftigkeit in die Geheimnisse der Sommerbank, ihre „Wohltätigkeit“ und die Erlangung der Würde einer Hofbank vertiefen, müßte ein wirklicher Genuß sein für jeden echten Deinen. Und wenn dann die Gemeinde beim vollen Dorgelange das Lied anstimmt: „An einen Gott nur glauben wir!“ würde man als hartgeleiteter Reiter mit sattem Dorgelange schlendern: „Das stimmt! Ihr alle glaubt nur an einen und alle an denselben Gott, an Gott M a m m o n.“ Wenn dann würde einer doch der Gest überkommen, und man würde dem „Gotteshaufe“ geschwind den Rücken kehren. Dem Gotteshaufe, das gebaut ist aus „Wohltätigkeitsgeldern“ der Sommerbank.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 10. Juni 1904.

Der Reichstag erwidert am Donnerstag zunächst die dritte Sitzung des Reiches zur Bekämpfung der Reklams.

Matthilde.

Zeichnungen aus dem Leben einer armen Frau.
 Von Karl Hauptmann.

Und die Wasserdrinnen waren unterdessen ganz abgeköhlt. Was zuerst ganz Wärme und Liebe gewesen war, war längst ins Gleichgültige und Gewöhnliche umgewandelt. Sie gingen an, Matthilde zu plagen, fanden es gemein, ein Mannsbild mit in die Stube zu bringen, und waren gar nicht feind, es offen zu sagen, noch gar warm aus. Gerade weil Matthilde ihren und groß alles gemeine Leben hieße, als wäre es für sie eine Höhle auf Erden, gerade, weil sie sich jetzt abnungslos nur für sich gehalten und in ihrer stillen Gemeinlichkeit mit dem freudlichen Salet ihre wertigen Heiterheiten hindrachte, blieben die Alten nicht zurück mit ihrem Vorwurfe. Salet hatte es sogar schon mehrmals selbst zu hören bekommen, und immer mehr und Matthilde an, wie ihr das Blut in die Wangen brannte und daß sie sich stolz aufrichtete, wie eine, die man nichtspüßig angeht.

Aber sie hielt still. Nach dazu, daß ihr das ganze Haus in jener Sage, die mit dem Streit und Auslauf gekommen war, ganz gleichgültig schien. Die stummen Sorgen hin und her, die heimlichen Bedenken waren ausgelöst. Ihre Gemeinlichkeit mit Salet fand jetzt feil. Es hätte gar keinen Sinn gehabt, noch hartnäckig für sich zu erheben. So war es: er war fränlich und zart und war ein wenig verwaschen. Sie sah es kaum noch. Es war so. Was ging es die anderen an. Sie war abgefeuert. So schmeiß sie, wenn die Wasserdrinnen sie höhnten und verachteten. Du wirst ihr keine gut genug, sagte einmal eine zu ihr. So gleich's, ja, ja, wenn ich mich wegmäßig, sagte Matthilde noch höhnlicher. Es war zwischen ihnen zu Ende. Die Wohlthätigen fragten im Grunde gar nicht mehr nach ihr. Sie haben sie nur dann und wann noch heimlich an, daß sie feilich und stark und toll ersehen, daß sie das goldene Gefährte, wenn sie aus ihrem Bett fuhr, ludelig um die freie Stein hing, daß sie Augen habe, hell wie blühende Steine, daß sie sicher war, wie eine, der man nicht nach dürfte, wenn man im Mober lebte; daß sie unerschrocken geblieben, so sehr sie im dumpfen Mober aufgewachsen und von Gemein-

heit und wilder, verkehrter Zimmersat und abstoßendem Sich-Verwerfen in alle Wägen und Niess nach jetzt ungeben war. Zein gerade das war es, was Matthilde immer wieder stark machte, daß sie hart war aus dem rauchigen Vaterhause her, wo sie sich zu wappnen hätte lernen müssen. Und daß sie auch lausht erkannt hatte, daß es die reinen Dienen mit Sand und die rein gemauerten Treppen im Hause allein noch nicht machen — daß man mit reinlichen und lauberen Menschen leben muß, die immer nur schwer zu finden sind.

Und in dieser Zeit war in Matthilde ein seltsames, unbarmherziges Gefühl, wenn sie allein war außer der Arbeit. Sie dachte an Dabem mit Gewalt. Sie schrie nicht mehr. Sie dachte, daß sie ging es auch zu, wie im Kaufhaus, es kamen ihr Szenen in den Sinn und sie schrie nicht. Sie war lebendig im Salet, und dachte den Mann, der mit der Mutter lebte, und schrie nicht. Sie konnte sich nicht mehr entklicken montanlang. Es war auch gekommen nach dem Antritt Simonets, und nachdem Salet ihm am Boden fast die Gurgel zugedrückt. Wie einer Schlang, dachte sie und ihr Blut ging in Salet, und viele Male, wenn sie sich so ihren Tränen überlassen, war es ihr barm eine Weile gewesen, als hätte Salet unten gegen und zum Geröllten teil gegeben wäre. Und Szenen im Gemeinbude kamen ihr wieder in den Sinn, aufdringlich und qualerlich und verhasstmannen mit ihren eigenen Erlebnissen, die sie betrachteten. Und in den Stunden dachte sie an Salet, wie an einen Vater. Sie hob zu seinem Dienen und immer ging es so aus, wenn sie einmal wieder den Verlust machte, einen Brief beimalenden. Es fiel ihr dabei einmal ein, wie der Vater die Mutter in einer Nacht, wo sie längst als Kind geschlafen, plötzlich müht aus dem Bett gerissen, geschnitten und gehoben hatte, und den die behen. So dachte sie sich angegriffen und angeheult, daß die Gemeinbude halb voll Menschen standen, die auch zuerst mehr Neugier und Freude am Ereignis, als der Wunsch nach Ruhe und Ordnung bereingetrieben, bis endlich der Hofmannsamer, ein Diebe, der benachbarte wachte, gekommen war, um sie zu bedien, Vater und Mutter, mit dem Streit tüchtig angeheult und

sie aus der sinnlosen und gemeinen Mut zur Bestimmung gebracht hatte. Sie, die Metalle, hatte am Boden gelegen und gequitter — sie ätzte und behle noch jetzt in Gedanken und baute ihre Jugend und dachte und schloß noch, wie die Rinber im Bett und die Großmutter jämmerlich weinten, und sie wußte sich nicht zu lassen, daß sie den Viehstegen in die Gese warf, das „Gedächte Eltern“ wieder zornig zerriss, und nur das Geld zumannemah, — ihren Namen auf die Postanweisung leitend, und sehr lehrlich: Matthilde — das war sie, das wollte sie bleiben — unerschollen — das wollte sie bleiben, auch wenn ihre Mutter war wie die Wohlthätigen, und die jungen Seele in der Fabrik wie Seimite, Tiere, die auf nichts ausgingen, als ihr die Kleider vom Reibe zu reißen und sie lieb denilbar zu machen. Sie dachte unter an Salet, und fand Kraft und Ruhe nieder. Sie dachte an dem Abend so gar: Er ist schmerz, aber ich bin fröhlich und gesund. Und ich kann ihm ein Salet sein. Das gab ihr Sicherheit und Ruhe wieder und ein Gefühl, als wäre sie froh, nichts anderes zu sein, als sie selber — so wenig — ein armes, ein kleines Fraubildel — aber sie selber — aber sie selber — aber sie selber — für einen Schwachen und für einen, der gut und sauber und finlich ist — und stols auf sie und ihre Kraft — und ihre unbekante Härte — und sie nahm sich alle ihre Wünsche aus zu Herzen, daß sie gern mit ihm leben wollte — gern — und für ihn sorgen, wenn er auch kein Geld mehr in der Welt, und daß sie arbeiten wollte, ihr eigen Leben verdienen, das sie für alle sorgen wollte, selbst für die, die daheim im Klause und in Salet und flüchten lebten.

(Fortsetzung folgt.)

Seiters.

In einem Damenpensionat sind Redetten zur Zeitnahme an der Langhunde der Pensionärinnen eingeladen. Während der Baule erzählt ein kleines Fräulein ihrem Tänzer von dem Leben im Pensionat, wie es lustig und unterhaltsam ist, besonders beim Zuhörigen. Erwidert hier der junge Redette, wie da die Damen sich gegenseitig mit Ständchen besondern, ja mitunter förmliche Schlächen liefern. Der Zuhörer, der an die strenge Disziplin in seinem Pensionat denkt, ist vor Staunen fast hart. Endlich entringt sich seinem Munde die Frage: „O, gnädiges Fräulein, schickt denn bei Ihnen kein Putzmann?“ (Guck.)

Es kam dabei zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen unseren Berichtern Schulze-Göhlen und Dr. David mit dem Vertreter des Herrn Erzbischof vertritt wurde. Herr Erzbischof hat bekanntlich vor einigen Tagen eine Feindrede gehalten, die die Sozialdemokratie erklärt hat, sie liege nicht am Ende der tiefen Winger. Die Unwissenheit dieser Behauptung wurde durch die Verlesung der betreffenden Stelle aus dem Stenogramm der Schulzeischen Rede festgestellt. Leider blieben unsere Bemerkungen, dem entscheidenden § 6 eine bessere Fassung zu geben, vergeblich. Wir verurteilten die Entschuldigungsfrage zu Gunsten, daß die Winger zur entschuldigenden Hilfe in der Bestimmung der Reduktion ergo und daß dabei gerade die kleinen unter ihnen vor wirtschaftlichen Nachteilen geschützt wurden. Wir verlangten, daß die reichten Weinbauern, die den Weinbau häufig als eine Art Verursachen, bei der Ausführung der Entschädigung durch Beiträge durch Interessentenverbände entsprechend stark herangezogen werden. Die nationalliberalen Abgeordneten Mantelhorn und Desl zu Ehrenheim taten so, als hätten sie den Sinn unseres Antrages überhaupt nicht verstanden, und luden uns Bundesratspräsident mit einem glänzenden Verleumdungsgewand ein, er werde die Winger zur entschuldigenden Hilfe in der Bestimmung der Reduktion ergo und daß dabei gerade die kleinen unter ihnen vor wirtschaftlichen Nachteilen geschützt wurden. Wir verlangten, daß die reichten Weinbauern, die den Weinbau häufig als eine Art Verursachen, bei der Ausführung der Entschädigung durch Beiträge durch Interessentenverbände entsprechend stark herangezogen werden. Die nationalliberalen Abgeordneten Mantelhorn und Desl zu Ehrenheim taten so, als hätten sie den Sinn unseres Antrages überhaupt nicht verstanden, und luden uns Bundesratspräsident mit einem glänzenden Verleumdungsgewand ein, er werde die Winger zur entschuldigenden Hilfe in der Bestimmung der Reduktion ergo und daß dabei gerade die kleinen unter ihnen vor wirtschaftlichen Nachteilen geschützt wurden.

Nachdem das Reklamationseinstimmig angenommen war, wurde die 2. Lesung des Gesetzesentwurfes über die Kaufmannsgerichte fortgesetzt. Ein Bericht der Freiwirtschaftler, die Kosten dieser Gerichte nicht den Gemeinden sondern dem Staat aufzuliegen, schickte. Dagegen stellte es sich heraus, daß die Mehrheit wieder einmal gemißt ist, die Kommissionsbeschlüsse, die sie selber gefaßt hat, rückwärts zu verdrängen. Die Regierung hat bekanntlich erklärt, daß das Gesetz für sie unannehmbar werden würde, wenn den Frauen: das aktive Wahlrecht gegeben und das aktive und passive Wahlrecht nach den Kommissionsbeschlüssen herabgesetzt würde. Diese Drohung genigte wieder, um einen Umlauf größten Stills beim Zentrum, den Nationalliberalen und bei den Konvaleszenten herbeizuführen. Es lag ein Kompromißantrag dreier Parteien vor, der alle Fortschritte, die in der Kommissionsberatung erreicht worden waren, wieder aufhob. Die Herren, die dem Umlauf Umlaufschreiber entgegen, der Regierung mit gehobener Heiterkeit aufgenommen hatten, wichen hier bei einem sozialpolitischen Gesetz vor der Drohung wie auf Kommando zurück. Genosse Yipinski und die freiwirtschaftlichen Müller, Reiningen und Dove gossen auf die Kritik der Mehrheitpartei beifälligen Spott und verteidigten den Antrag. Den Frauen nicht nur das aktive sondern auch das passive Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten zu verleihe.

Die Debatte wurde nicht zu Ende geführt, sondern soll heute fortgesetzt werden.

Der starke Mann.

Die Frankfurter Überzeugung erklärt aus zuverlässiger Quelle, der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Freiherr v. Mantuffel, sei zum Aushänger des Ministers des Innern auszuweisen. Freiherr v. Hammerstein werde zum Herbst zurücktreten. Herr v. Mantuffel hat sich für dieses Amt empfohlen, indem er im Interesse für die Weisheit des Wahlrechts, für ein Sozialistengesetz und indirekt für den Staatsstreik eingetreten ist. Seine „Jahre“ Rede war gegen die „Schmach“ des Grafen Hohenhausen gerichtet. Es wird ein solches Verhalten geben, wenn man den starken Mantuffel unter dem Vorhug des schwachen Hohenhausen regiert wird. Aber dem Herrn v. Mantuffel wird es schwer werden, den Hammerstein noch zu überleben, der doch auch schon alle tat, um dem Reichserben Ideal des starken Mannes gerecht zu werden. Und was kann schließlich an reaktionärer Verwilderung Preußens noch mehr geleistet werden? Wir vermuten, so schreibt der Vorwärts, daß auch Herr v. Mantuffel eine Entlassung werden wird. Mit dem Gesetz der geschäftlichen Notwendigkeit wird selbst der härteste Preussische Junter am Ende nicht fertig. Dagegen wird er wertvolle Agitationsdienste leisten können, die derselbe sind, das ganze preussische Volk zu überwinden.

Wohneinsätze.

Der frommen Kreuzzeitung sind die Offenbergscheitler der verschiedenen Staatskirchen sehr unangenehm. Vor allem sucht sie die Konventionen in Ebn zu nehmen gegen den Vorwurf des Missetuns an Ehrlichkeit. Der Vorwurf ist insofern berechtigt, als die konventionellen Staatskirchen behaupten, sie hätten bei ihrer theoretischen Bekämpfung des allgemeinen Wahlrechts keine böse Absicht. Die Kreuzzeitung schreibt:

„Von derartigen bösen Absichten kann aber nicht die Rede sein, weil eine Abänderung des bestehenden Wahlrechts auf dem verfassungsmäßigen Wege zu nehmen gegenwärtig und voraussichtlich auch für die nächsten Jahre unausführbar ist, den Konvaleszenten im Reichstage aber jede Abhilfe fernhält, das Wahlrecht auf anderem als verfassungsmäßigem Wege zu verdrängen. Wir wissen wohl, daß hier und da in Kreisen, die bei der Gesetzgebung nicht mitwirken, und deshalb an der Verantwortlichkeit für deren Ergebnisse nicht teilnehmen, von dem Staatsstreik gesprochen wird. Wir möchten aber doch von einem Spiel mit diesem Begriffe mit aller Entschiedenheit warnen. Das Spiel ist selbstverständlich nicht hinüber, unserer theoretischen (!) Auffassung über das Reichstagswahlrecht offenbaren Ausdruck zu geben.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß das Unterbalt seinen Getreuen den Rat gibt, nach dem Grundsatze zu handeln: So etwas tut man, aber man redet nicht davon. Zwischen den Reihen des oberhehlichen Kreuzzeitungs-Klatsch ist aber nur zu deutlich zu sehen, daß die Junter nur auf die günstige Gelegenheit warten, um mit der Bekämpfung des Reichstagswahlrechts Ernst zu machen.

Deutsche Justiz und fromme Töte

zu machen und zu verteidigen gegen die verrohende und entmenslichende Arbeit der Sozialdemokratie — das ist bekanntlich die Hauptaufgabe der patriotischen Kriegervereine. Wie die tapferen Kämpfer der Vaterlandsliebe und edler deutscher Ehre ihre Aufgabe in der Praxis erfüllen, wird durch die beiden nachstehenden Bilder von zwei Kriegsersten treffend illustriert.

Ueber ein Kriegserste, das dieser Tage in Püßleben (Hüringen) stattgefunden hat, unselbstigen folgende berühmte Einzelheiten:

„Nachdem vom Kriegserste in Püßleben. Pastor Brand erhielt bei der Schlichtung des Streit zwischen einem Weidendorfer und einem Püßlebener von dem

ersten einen Schlag ins linke Auge. Nach Wiederherstellung des Bewußtseins wurde die Wunde durch einen Chirurgen und ärztlichen Beistand in einem Wohnheimbauern aus Püßleben wurde das Fahrrad gestohlen. Während des Gottesdienstes wurde beim Wandreitbewerber der Sekretär erbrochen und um 40 M. erleichtert. Inzwischen kamen und ein höherer Grade aus Berlin, welche per Rad abends nach Ebn zurückgefahren, wurden auf der Ueblicher Gasse von 6 jungen Leuten angefallen und mißhandelt; ein Fremder bekam einen Stoßschlag gegen den Rücken und der Knabe wurde vom Rade gerissen und den Boden des Hofes hinuntergeworfen.

Und von einem Kriegserste, das in Hüringen (Medienburg) stattfand, schreibt die Westfälische Volks-Ztg.:

„Der wegen der Ausschließung und des Kriegserstes in unserer Stadt zu erwarten gewesene starke Fremdenbesuch hatte auch den Inhaber des Vorderhofs sehr veranlaßt, besondere Anordnungen zu machen. Er hat außer den vier Profiteuren, mit denen er ruhigen Seiten glaubt in auskömmlicher Weise die Kundschaf bedienen zu können, noch vier solcher unglücklichen Geschöpfe engagiert, um während der Festlichkeiten auf alle Fälle gerüstet zu sein. Ein geradezu abstoßendes Bild bot sich den Konsumenten jenes Wohnheims als ein einziger Mann, der sich in der Stadt so stark war, daß die Einlage Begehrenden sich vor der Haustür in Gänjermorphose aufstellen mußten, um so der Weisung nach einer nach dem anderen Einzug zu erhalten. Auch ein Hühnerger mit darunter und hier und da lang werden, bis er an die Reihe kam und durch Opferung eines Goldstückes die Profiteure auch für sich noch engagieren konnte.“

Wir empfehlen die beiden Kriegserstebilder der hiesigen Volkslichen Zeitung, der begeisterten Teilhaberin der Kriegervereins-Interessen, als wirksamste Agitationsmaterial dafür, wie verrohend und entmenslichend die Verblendungen und Unternehmungen — der Sozialdemokratie wirken!

Wie sich Minister Bobbielt die „industrielle Arbeiterarmee“ vorstellt.

In der Rede, die der Landwirtschaftsminister v. Bobbielt am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhaus gehalten hat, befindet sich ein Satz, der es doch verdient, noch besonders genannt zu werden. Der Minister sagte nämlich:

„Die Industrie hat dauernd ihre Arbeiterarmee, das heißt einen großen Arbeitsmarkt, wo jeder Arbeiter noch sein Unterkommen finden kann.“

Die Arbeiterarmee — das Wort ist von Marx gebildet — besteht nur aus den Arbeitern, die eben kein Unterkommen gefunden haben. Und diese Arbeiter, die kein Unterkommen gefunden haben, bilden einen großen Arbeitsmarkt, wo jeder Arbeiter noch sein Unterkommen finden kann.“

Von einem Minister kann man heutzutage schließlich nicht mehr verlangen. Aber wenn ein Groß-Schmelzschlichter, der das Herz v. Bobbielt ist, die einfindlichen Begriffe der Ökonomie nicht fasset, so kann man sich nicht wundern, daß die Landwirtschaft kaputt geht.

Nach ein deutscher Kolonialkrieg in Aussicht? Nach der Danziger Zeitung ist eine sofortige Kreuzerzeugung nach Deutsch-Ostafrika angedeutet, da der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika dringend die Beilegung der ostafrikanischen Situation für notwendig halte, weil Unruhen nicht ausgeschlossen seien.

Südwestafrika fordert noch nicht genug Opfer an Geld und Blut, jetzt kommt auch nach Deutsch-Ostafrika an die Reihe.

Der deutschen Volk wird die Welt- und Kolonialpolitik des neuen Kurses noch böse aufstoßen.

Freiwirtschaftliche Abgeordnete für die Konfessionskulturbildung nur der heimliche Abn. Ernst hat sich direkt und unverbittert für den liberal-konvaleszenten Schul-Antrag ausgesprochen. Die National-Zeitung konnte sich noch auf einen anderen Freiwirtschaftler berufen, der sich aber bisher nicht gemeldet hat. Wie man dem Vorwärts mitteilt, ist dieser geheimnisvolle freiwirtschaftliche Verbündete der Hierfürsorgung der Schule der Abgeordnete (Herrn) Vag. für Danzig-Stadt, der Kommerzienrat Mantelberg, Leutnant der Landwehr a. D., seinerzeit hiesiger Konfession. Offenbar wünscht der Mann auch besondere Judenmission. Herr Vag. wird eine Freude an seinen Parteigenossen haben.

Der Zweck heiligt das Mittel. Graf Hohenhausen will mit Gewalt die 2000 Gulden haben. Er hat seine Klage das Urteil des Trierer Landgerichts, das bekanntlich seine Klage gegen den Kaplan Dorsch abgewiesen hat, weil es sich um eine Weite handelte, Berufung beim Oberlandesgericht in Köln eingeleitet.

Der frühere Einjährig-Freiwillige Graf, dessen Militärbeurlaubungsgeheiß wiederholt die bayerische Abgeordnetenkammer und die Reichsgerichte befristigte, ist nunmehr als untauglich zum Militärdienst aus dem Heere entlassen worden.

Wieder ein Freudenbad! Wegen Solbathenhandlungen in 101 Fällen fand der Sergeant Salome von Infanterie-Regiment Nr. 131 vor dem Kriegsgericht zu 4 M. 20 Pf. kann ein Fall von Wobathen-Interessen an der Eingabe einer Beschwerde. Hühner, Dörflinger, Künzeberger, nach dem Gerichtsbericht des B. E., bei Abgabe auf der Tagesordnung. Einen Rechten schlug er mit dem Kopf, an dem sich das Koppelglocke befand, über den Rücken, trug ihm eine Pistole aus dem Spind, warf sie auf die Erde und gestampelte sie. Als ihm zu Ohren kam, daß die Rekruten sich beschweren wollten, sagte er zu ihnen: Wenn ich einer von Euch beschweide, ist es mit mir vorbei. Ich beschweide ihn und mich in 101 Fällen. Solche Vorgehensweise nach Ansicht des Vertreters der Anklagebehörde, weil von seiner Charge entfernt zu werden, weshalb ein Antrag auf Degradation des Unteroffiziers gestellt wurde. Das Gericht konnte sich zu einer Degradation nicht entschließen, sondern verurteilte ihn nur zu vier Monaten Gefängnis. Wegen Mißhandlungs des Abgeordneten wurde seine sofortige Verhaftung angeordnet.

Ansland.

Schweiz. Gewissensfreiheit. Ein Schuldarbeiter von Chaur-de-Fonds verklagte bei der Schulkommission eine junge Lehrer, weil sie, im Widerspruch mit der gesetzlich garantierten Gewissensfreiheit, die Schule jeden Morgen mit einem Gebet eröffne. Die Schulkommission hat die Klage abgewiesen, trotzdem sie anerkennt, daß der Beschwerdeführer theoretisch im Rechte liege. Der letztere will nun an den Staatsrat und sofern seiner Beschwerde auch hier nicht Folge gegeben werden sollte, ans Bundesgericht gehen.

England. Rango-Oruel. Dieser Tage hat in London eine Konferenz von Parlamentenmitgliedern, Vertretern von Missionen und anderen gleichartigen Gesellschaften stattgefunden. Es wurde eine Resolution beschlossen, in welcher

die Regierung aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß die europäischen Regierungen für eine humane Durchführung des Krieges von 1880 Sorge tragen. In einer anderen Resolution wird verlangt, daß die angemessenen Rechte der konvaleszenten Kolonialgesellschaften bezüglich der Besitzergreifung von Ländern, die ehemals den Eingeborenen gehörten, dem Internationalen Schiedsgericht zu Haag zu unterbreiten sind.

Rußland. Die Folgen des Krieges machen sich mehr und mehr fühlbar, und selbst die orthodoxe Frömmigkeit muß unter dem Druck der wirtschaftlichen Notlage auf ihre heiligsten Güter verzichten. So hat der russische Reichsrat angeordnet, daß, um den Bedürfnissen der Landwirtschaft entgegenzukommen, von jetzt ab die Heiden den freiwilligen Arbeiten an Sonn- und Feiertagen freier sein dürfen in den Weg legen dürfen.

Arktik. Erste Unruhen in English-Südafrika. Im Bezirk Sontarsberg sind Weiße von Eingeborenen ermordet worden. Da nach der Meldung eines englischen Blattes die Büren gedroht hätten, die Gegend zu verlassen, wenn ihnen nicht hinreichende Schutzmaßnahmen würden, ist eine Abteilung der südafrikanischen Polizeitruppe an die Grenze entsandt worden. General Beyer ist nach Norden abgerückt, um zur Besetzung der Büren an der Grenze 500 Freiwirtschaftler zu verteilen.

Der Krieg in Ostafrika.

Seit Beginn des Krieges hat es internationale Konventionen-Presse verhandelt, die abenteuerlichsten und phantastischsten Nachrichten über die Kriegsvorgänge in die Welt zu legen. Geradezu mit Hochdruck arbeitet aber diese Presse jetzt, um die Entschädigung vor Wort Artur nach bevorrecht. Es sind daher die jetzt auftauchenden Konventionen-Nachrichten mit größter Vorsicht aufzunehmen. Am allerwahrscheinlichsten klingt die Nachricht, daß die dritte japanische Armee bei den Völkerngriffen auf Wort Artur vollständig gesiegen sei. Die Japaner-Nachrichten kommen mehr von russischer Seite, weshalb die Japaner sich sehr sorgfältig verhalten, wie schon oft, wenn sie entscheidende Aktionen vorhaben.

Zu der Mandatsurteil haben in der Umgang von Föng-wang-shing während der letzten Tage mehrere kleinere Geschieße stattgefunden, die auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß haben und deren Ausgang bald für den einen bald für den anderen Gegner vorteilhaft war. Auf beiden Seiten hat es stets eine Anzahl Toter und Verwundeter gegeben.

Deutscher Reichstag.

94. Sitzung. Donnerstag, den 9. Juni 1904, 1 Uhr. Am Bundestisch: Graf Solobroed.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes zur Bekämpfung des Weibens. Abg. Solobroed (Sozialdemokrat) sprach gegen die Reduktion der Weisung nach die Weisung. Von einer Einschränkung der Weisung nach die Weisung, eher vom Gegenteil. Man hat dieses Gesetz in Parallele gestellt mit dem zur Bekämpfung der Weibchen. Aber die Bekämpfung der Weibchen ist leichter als hier, wo die Weisung ein zusammenhängendes Ganze bilden. Weiber das Bekämpfung der Weisung nach auch die von anderer Seite vorgeschlagene Einführung amerikanischer Weisung ist geeignet, die Weisung zu befehlen. Deshalb muß das Ausrottungsverfahren so streng und vollständig wie möglich durchgeführt werden, wie schon oft, wenn sie nicht unter ihrer Aufsicht nach verschiedenen Richtungen hin verheerend. Aber eine volle Wirksamkeit zur Bekämpfung der Weisung kann es nur entfalten, wenn auch die Winger selbst an seiner Durchführung finanziell interessiert werden. Die Winger und Schmäher können durch Interessentenverbände ihre weite Weisung hin gegen eine allzu hohe Bekämpfung genügend verdrängt werden. Aber in dieser Frage der Landesfiskus kommt es in erster Linie auf die Verteilung der Interessen des Weinbaus an. Das habe ich nach und nach ausgeführt, nicht, wie der Abg. Erber mit Unterbrechung hat getan, wie nicht die Unterbrechung der Weisung verdrängen. Wenn Sie aber diese an der Durchführung des Gesetzes nicht finanziell interessieren, wird das neue Gesetz ebenso wirkungslos bleiben, wie es das alte gewesen ist. (Beifall bei den Soz.) Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag zu 8. anzunehmen, der die Bekämpfung der Weisung befreit und die progressive Verdrängung der Winger nach der Größe ihres Weibes zu den Weisungen für Interessentenverbände zur Bekämpfung des Schabens fordert.

Abg. Erber (Soz.): Die Bohlen gegen meinen Parteifreund Erber soll nur den Winger der Sozialdemokraten in dieser Frage bedeuten. Aber wenn Sie die beiden unterbreiten Stenogramme mit einander vergleichen, so werden Sie finden, daß Herr Erber die Ausführungen des Abg. Schulze genau so wiedergegeben hat, wie sie der gelan hat. Die Reichstagskommission hat sich nicht die Mühe gemacht, die Ausführungen treu nachzutragen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abg. Mantuffel (natl.): Abgesehen von dem deutschen Weinbau sind nicht die großen Weinbauverdränger, sondern die kleinen, die ihr Schläger-Rebendall mit eigener Hand bekämpfen. Die Weisung wurde der sozialdemokratischen Weisung. Die Sozialdemokraten sind ein ebenso gefährlicher Feind des deutschen Weinbaus, wie die Weisung. (Beifall bei Weisung und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Erber (Soz.): Die Behauptung des Abg. Erber, daß Abg. Erber den Wortlaut der Ausführungen meines Parteifreundes Schulze wiedergegeben habe, schlägt den Tatsachen geradezu ins Gesicht. Abg. Schulze hat gesagt, wir haben hier zunächst nicht die kleinen Weinbauern zu verteidigen, sondern das Interesse des deutschen Weinbaus. Trotzdem meine Parteifreund die Ausführungen des Abg. Erber sofort richtig stellte, ist dieser bei seiner Entstellung der Weisung, die darin besteht, daß er 1. den Nachschub und 2. das Wort zunächst megalogisch und dadurch die große Entstellung noch vergrößert. (Große Heiterkeit.) Ich kann also nicht verstehen, wie Abg. Erber die Weisung so gefaßt hat und der Definitivität überlassen. Herr Erber wird hoffentlich loyal genug sein, nachträglich zu erklären, daß er sich geirrt hat. Sie zum Zentrum werden diese Weisung als ein weiteres Zeichen Ihres Hintersinns erwerten. Aber wir werden Ihnen nicht dankbar sein, wenn Sie sich zu zeigen, wie wenig gewisse Herren in der politischen Diskussion das Gebot befolgen: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten! (Beif. bei den Soz.) Der Abg. Erber hat durch den Nachschub, den er auf das Interesse der Weisung zum Zentrum, meinen Parteifreund Schulze verteidigt, das Stenogramm nicht geleistet worden. Ich konstatiere, daß das nicht der Fall gewesen ist. Warum die Herren vom Zentrum die Weisung meines Parteifreundes Schulze „sinnlos“ mochten, allerdings mit einem brüchigen Nagel. (Heiterkeit.) Ich bitte den nächsten Herrn, auf die Weisung der Umgang von Mainz hervor. Aber die sind bisher ergriffenerweise von der Reduktion verdrängt, und haben das größte Interesse daran, daß wir ihnen auch hier wirksamen Schutz gewähren.

Wir wollen keineswegs die kleinen Winger verteidigen, sondern in den Interessentenverbänden die Weisung und sonstigen Willkür, die den Weinbau nebenbei als Luxus befehlen, so hart belassen, daß die kleinen Winger mehr, die kleinen vollständig entlassen werden. Auch gegen Staatsgeschäfte haben wir nicht einzunehmen. Nur wollen wir es

nach zu sein, dass nach der von allen Anwesenden im einstimmigen Beschlusse mancher Bürger ein Verlangen besteht, wenn die Beschlüsse in ihren Meinungen bekommen, weil es eine höhere Entscheidung für sich ist. Ob wir die Entscheidung der kleinen Bürger schuldig oder nicht, können wir ruhig deren Urteil überlassen. Das Schlaraffenland, das Herr Bergmann unter so schlechter Vertretung hier vor sich hat, ist nicht gegen die Regierung, wie gegen uns. Wir befinden uns also in sehr guter Gesellschaft (Na, mal bei den Göttern, Herrn Götter), wenigstens in dem Sinne (Große Heiterkeit redet), der von der Mitte und der Rechten gerührt wird. (Sehr gut bei den Göttern.) Wir bitten die nächsten Antrag annehmen, im Interesse des ganzen und ganz besonders des kleinen Bürgerstandes. (Acht. Beifall bei den Göttern.)

Abg. Dörfner (Götter): Das die Sozialdemokraten, die sonst immer das Recht beschreiben, hier an die Sozialisten, die von der Selbsthilfe appelliert, nimmt mich etwas wunder, wie das Dr. David als freiwilliger Regierungskommissar auftritt. (Lachen bei den Göttern.) Wenn die Anträge der Sozialdemokraten angenommen werden, müssen die Bürger auch den Bau geländer Boden einstellen. Aber die Sozialisten frucht sich der Bürger ebenso, wie alle anderen Parteien, darüber, das die Kaufleute haben. (Stimm. Heiterkeit.)

Abg. Erberger (Zentr.): Ich brauche von Dr. David keine Erklärung des neuen Gesetzes. (Sehr gut im Zentr.) Ich halte auch noch heute fest, das mein Solange. Ich habe genau das wiedergegeben hat, was ich Schulaufgabe ist. (Lachen bei den Göttern.) Nach den Erfahrungen, die mein Parteifreund früher mit dem Abg. Fromme gemacht hat, hatte ich eben Grund, auf das unfürsorgliche Stenogramm Gewicht zu legen. David wirklich die Schandhaftigkeit des Stenogramms, was bleibt denn dann die erhebliche Minderheit. (Sehr gut im Zentr.) Bei dem Bundesrat befindet man sich keineswegs immer in besser Gesellschaft. (Lachen u. Widerspruch.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Zentr. Sp.): Ich kann mich der Kritik, die der Herr Abgeordnete hier an den Sozialisten, das nicht anfechten. Wer will betreten, das ich nicht, was ich nicht, sehr hohe Beträge aus ihren Meinungen ziehen? Zweifellos bedeutet der Gehalt, die großen Reinerwerbender stärker herauszuheben als die kleinen, einen Fortschritt gegenüber der Regierungsvorlage. Ich glaube allerdings, das die Bürger und Reichslandräte unbillig aus allgemeinen Interessen beanspruchen können. (Bravo! links.)

Abg. Wolff (Länd. u. Waldv.): beantragt, in den § 6 auch die Entschädigungspflicht für Reben, die durch Verwässerung beeinträchtigt sind, mitzunehmen.

Abg. Dr. David (Zentr.): Herr Erberger ist auch jetzt nicht zur besseren Einsicht gelangt. Daraus ziehe ich meinen Schluss auf die Haltung der Zentrumspresse. Wie die Sozialdemokratie in den Landtagen vertreten ist, wird sie mit aller Entschiedenheit für die Rechte der kleinen Bürger eintreten. Das der Bundesrat nicht gerade immer die beste Gesellschaft habe, bezweifelt darauf, das er sich leider sehr häufig in der Gesellschaft des Zentrums befindet. (Anrufe im Zentr.) Unser Ziel ist die Unterdrückung der Reklamationen. Damit schließt man am besten den kleinen Bürger. (Bravo! bei den Göttern.)

Damit schließt die Generaldebatte.

Die ersten Paragraphen werden beibehalten angenommen. Ein § 6 (Entschädigungspflicht) liegen die erwähnten Anträge Auer und Wolff vor.

Abg. Wolff (Länd. u. Waldv.) empfiehlt seinen Antrag im Interesse der Bundesstaaten, auf die beim Zollrat wenig Rücksicht genommen sei.

Präsident des Bundesratsbevollmächtigter Herr v. Stein befragt den Antrag Wolff und empfiehlt den Antrag Auer, der die Regierungsvorlage wiederherstellt.

Die Abgeordneten Grotzows (Zentr. Sp.) und Dr. Sagan (Zentr.) sprechen die Kommissionsfassung ab und die Annahme des Antrages Wolff jetzt in dritter Lesung würde die Vorlage zum Scheitern bringen.

Abg. Herr Hehl zu Dornheim polemisiert gegen den sozialdemokratischen Antrag und die darin vorgeschlagene Prozessverteilung.

Abg. Dr. David (Zentr.) erklärt es für berechtigt, das Herrn v. Hehl der Gehalt, die Beitragspflicht progressiv zu gestalten, unzulässig sei.

Der Paragraph wird unter Ablehnung der Änderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen ohne Debatte der Rest.

Das gesamte Gesetz wird zum Hause einstimmig angenommen. Alsdann wird die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Kaufmannsgerichte fortgesetzt.

§ 8 überträgt die Kosten den Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden.

Abg. Gothein (Zentr. Sp.) begründet einen Antrag, nach welchem die Kosten auf die Rasse des Bundesstaates zu übernehmen sind, in dessen Gebiet der Sitz des Gerichts liegt. Es liegt allerdings System darin, das der Staat die Aufgaben, die ihm von Rechts wegen zuzufallen, auf die Gemeinden abwälzen werden, was schließlich die wirtschaftlichen Gemeinden getroffen, die schon durch Auflagen für hygienische, statistische und sonstige Zwecke art belastet sind und von 1910 ab keine indirekten Steuern mehr erheben dürfen, wogegen ja an sich nicht eingewunden ist. Man darf nun aber auch keine neuen Steuern auf die Städte abwälzen wollen. (Bravo! bei den Göttern.)

Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Caspar bittet um Ablehnung des Antrages Gothein, der das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet.

Abg. Mack (Zentr.) spricht sich prinzipiell für den Antrag aus. Da sonst zahlreiche kleinere Gemeinden aus Scheu vor den Kosten die Errichtung von Kaufmannsgerichten vermeiden würden.

Abg. Dove (Zentr. Sp.) befürwortet den Antrag Gothein. Nach einer kurzen Rede des Staatssekretärs Grafen Solobossky gegen den Antrag wird derselbe gegen die Stimmen der Reichsräte und Reichslandräte abgelehnt und § 8 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 9 (Wahlrecht zum Generalgericht) wird in Verbindung mit § 12 (Wahlalter) behandelt.

Von den Sozialdemokraten und Freiwählern liegen gleichlautende Anträge vor, welche die Bestimmungen des Wahlrechts auf die weiblichen Handlungsbefähigten vor.

Staatssekretär Graf Solobossky erklärt, das das aktive und passive Wahlrecht für Frauen die Vorlage für die Regierung unannehmbar machen würde, desgleichen die Verhängung des Wahlrechts auf Frauen werden schließlich die wirtschaftlichen Gemeinden getroffen, die schon durch Auflagen für hygienische, statistische und sonstige Zwecke art belastet sind und von 1910 ab keine indirekten Steuern mehr erheben dürfen, wogegen ja an sich nicht eingewunden ist. Man darf nun aber auch keine neuen Steuern auf die Städte abwälzen wollen. (Bravo! bei den Göttern.)

Abg. Trimbom (Zentr.): Auf das passive Wahlrecht der Frauen können wir schließlich verzichten. Dagegen ist der weitaus größte Teil meiner Freunde entschieden für das aktive Frauenwahlrecht, sowie für Verabreichung des Wahlalters auf 21 Jahre. Wir wollen aber die Vorlage an diesem Punkte nicht scheitern lassen, und ich bitte Sie daher, die Regierungsvorlage wiederzubehalten.

Abg. Hinz (Zentr.): Beim Zollrat hat die Regierung verschiedene Anträge angenommen, die sie vorher als unannehmbar bezeichnet hatte. Damals handelte es sich freilich um die Vertretung der agrarischen Interessen, während hier ja nur die Handlungsbefähigten in Betracht kommen. Es ist ein Widerspruch, das das Deutsche Reich der Spitze der Sozialpolitik nachsteht. Herr Trimbom hat förmlich nach Gründen gerungen, um sein Einverständnis mit der Regierung zu rechtfertigen. Es haben hier Gründe entschieden, die mit der Vorlage nichts zu tun haben. Schließlich ist es vielleicht nicht ohne Interesse, die Kommission auf Veranlassung des Zentrums getroffen hätte. Für das Frauenwahlrecht sprechen alle sachlichen Gründe. Keineswegs ist die Konkurrenz zwischen Männern und Frauen schärfen, als im Handlungsbefähigten.

Das vier männliche Handlungsbefähigten gegen ihre weiblichen Konkurrenten, die sie als ihre Zofinnen betrachten, macht sich nicht in den umgekehrten Fall. Die Frauen sind nicht aufzufassen darüber, ob das förmliche Empfinden der Angehörigen verwehrt wird oder nicht. Wie werden gegen die Verleumdungsvorwürfe stimmen, und bitten Sie dringend, trotz des Widerspruches der Regierung unseren Vorschlag auszuführen. (Bravo! bei den Göttern.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Zentr. Sp.): Das Bündnis zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Nationalliberalen hat uns heute durch den Antrag Trimbom (Zentr. Sp.) eine für die Angehörigen sehr wenig erbauliche Lieberabgabe gebracht. Ich bin der Meinung, das die Herren Trimbom haben die Handlungsbefähigten gar nicht. (Sehr richtig! links.) Die Quinzen der Rede des Herrn Trimbom war: Der Kaiser wird mich nicht zurück! Wir werden uns sehr überlegen müssen, wie wir die wichtige Angelegenheit von einem nicht förmlichen Hause lösen lassen. Schließlich wird der Reichstag zu einem reinen Automaten, in den oben die Gegenwürfe hineingelegt werden, und unten kommt die Abstimmung heraus. (Heiterkeit.) Derartig wichtige kulturelle Fragen, wie das Frauenwahlrecht, können nicht an passen erledigt werden. Nun, Sie haben ja den Anfang bereits bei den Franzosen gemacht. Das Ausland ist in dieser Beziehung weit voraus. Die Frauen sollen wieder auf dem Altar des Kompromisses geopfert werden. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie dringend, den Antrag Trimbom abzulehnen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Heibelberg (Zentr.): Wir haben uns nur schweren Herzens entschlossen, dem Kompromissantrag zuzustimmen, halten aber das Gesetz für einen so wesentlichen Fortschritt, das wir es nicht scheitern lassen wollen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Heibelberg (Zentr.): Bei der Taktik der Herren Trimbom, Beck und Henning zum Frauenwahlrecht fiel mir der Reizung des Vers ein:

„Ich nicht, um sterblich zu sterben, Ich nicht, um sterblich zu sterben, Das heißt, so überheblich zu sein, Ich nicht, um sterblich zu sterben.“

(Große Heiterkeit.) Im Bundeslande ist die Frau immer gleichberechtigt gewesen, und nun will man ihr nicht einmal das Wahlrecht nehmen. (Lachen bei den Göttern.) Ein Teil der Regierung die Verantwortung übernehmen, Beschämung des Erwerbslebens außer Acht zu lassen. (Bravo! links.)

Abg. Vasmann (Zentr.): Dem unvorstellbaren Unfall der ausfallenden Parteien gegenüber haben wir noch keine bestimmte Stellung genommen. (Lachen bei den Göttern.) Ein Teil meiner Freunde ist für das Frauenwahlrecht, wenn wir auch nicht, wie Herr Henning, weibliche Rechtsanwälte wünschen. Frau Antia Augsburg nennt die Männer ein „notwendiges Übel“, was nicht nicht unbillig, ist eine able Notwendigkeit zu nennen. Die Herren Kommissionsmitglieder, die die Sozialdemokraten ihre Freude haben, die nun einen Grund haben, gegen das Gesetz zu stimmen.

Dieser verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Konservativ-liberale Wahlfreiheit.

Zur Lage „Königlicher“ Bergarbeiter.

Saarbrücken, 8. Juni.

Verhandlung am Mittwoch.

Stiller stellt zunächst fest, das die Arbeiter-Kontrollen in Dagen und Sachen ohne die Steiger auch nicht die Guben befehlen dürfen.

Geige Geis, Bergmann aus Alingen, behauptet, das ein Kamerad bei der Wahl 1898 seinen (Geis) Namen unter den Zentrumswahlzettel gesetzt habe. Darauf sei er zur Inspektion gerufen worden, wo ihm vom Bergart Inspektor und Inspektor Ubbemann Vorhaltungen gemacht wurden, das sein Name unter dem Zentrumswahlzettel stand. Er sei dann ins Gefängnis gekommen, er habe in der Kommission, die die Wahlzettel verfertigt haben und seine Unterschrift widerrufen. Er hat dies getan und auch durch Insektor in der Illinger Zeitung widerrufen.

Die Jeunig Chefran (Zentr.) aus Neunkirchen behauptet: Der vertriebene Bergmann Schumacher ist 1898 weinend in die Druerei ihres ersten Mannes gekommen und habe geboeten, seinen Namen unter den Zentrumswahlzettel fortzulassen, da er sonst seine Stelle verliere. Er sei überzeugter Zentrumsmann, aber er habe 6 oder 7 Kinder und könne deshalb nicht anders.

Geige Kammerer Konrad aus Bittlingen hat bei der Wahl 1898 Beeinflussungen nicht wahrgenommen.

Herr Dr. Dunit-Bittlingen hat den Einbruch gemeldet, das die Vergleute durch das Vermeiden vieler Beamten vor und in dem Wahllokal eingeschleust werden.

Geige Steinbauer Peter Seicher aus Bittlingen behauptet: Bei der Wahl 98 hätten in dem betreffenden Lokale die Vergleute beobachtet werden können von der Stelle an, wo sie den nationalliberalen Stimmzettel bekamen, bis zur Wahlurne. Ein unbedachtetes Umstehen sei gar nicht möglich gewesen. Die Vergleute seien teilweise auf Verabredung in „Kumpen“ gekommen, weil sie glauben, das sie, wenn sie im Lokal dicht zusammen kämen, leidet. Die Zettel umstehen könnten, ohne beobachtet zu werden. Weiter ist er, das die nationalliberalen Parteimitglieder von Zentrumsteuten die Vertrauensleute, die sie auf der Grube hatten und die teilweise mit Nebenmannen verbunden waren, abgenommen worden seien. Ob dies geschehen, weil diese Leute Zentrumsanhänger waren, wisse er nicht.

Der Bergmann Michael Zeit aus Wilschbach behauptet: Sein Kamerad Wittling hat ihm erzählt, das er wegen Lüge für die Zentrumspartei bei der Wahl in die „Kotte“ berufen worden sei. (Die Kotte hat Aufschwimmungsarbeiten, die über Tage zu verrichten, der Bergarbeiter, der Arbeitszeit länger als unter Tage, weshalb die Grubenarbeiter die Verlegung in die Kotte allgemein als Strafe empfinden.) Er, Zeuge, habe dann den Steiger gefragt, warum sein Kamerad in die Kotte gekommen sei. Der Steiger antwortete: Weil er die Neunkirchner Zeitung gelesen hat. Zeuge habe gesagt, sie hätten nur den Bergmannsfreund gelesen und habe der Steiger dann geantwortet: Ich kann's nicht ändern, es ist Befehl von der Inspektion.

Geige Bergmann Konrad aus Hangoard behauptet: Er sei nach der Wahl in die Kotte berufen und trotz seiner Vorbehalte bei dem Vertrieger nicht gehen gelassen. Bei der Wilschbach verlegung in die Grube habe ihn sein Steiger nach Wilschbach vorgeschickt, das er nun ca. 20 M. Gehalt gehabt habe; nun solle er zu Hille (Zentrumswahlzettel) gehen und sich das Geld wiedergeben lassen. Da die Verlegungen zwischen Haupt- und Hiltzschal fastgedungen hätten, sei bei den Vergleuten allgemein die Meinung gewesen, das die Verlegungen einen Druck auf den Anstalt der Stichwahl ausüben sollten.

Geige Bergmann Geiger aus Kahlwald behauptet, das ihm sein Hiltzschal kurz vor der Stichwahl gesagt, er müsse sein politisches Glaubensbekenntnis aufgeben. Er habe weiter gesagt: Wenn Du mir nicht auf wählst, sollst Du mal sehen, wir haben die Kotte, Grube ist als als Strafgarbe und noch manches andere.

Grubenarbeiter Alles soll behaupten, das Bergart Inspektor in Sulzbach im 1898 auf sein Zimmer kommen ließ und ihn aufforderte, bei der Stichwahl nicht wieder wie bei der Hauptwahl den Zentrumswahlzettel sondern den liberalen zu wählen. Alles verweigerte die Aufgabe unter Berufung auf seinen Dienstsitz.

Verteidiger Geis erklärt: Wenn Nebenkläger die Genehmigung des Richters für Alles nicht einhole, so habe die Verteidigung erst recht keine Veranlassung, dies zu tun; sie werde ihre Konsequenzen aus dem Fall ziehen.

General-Verammlung des Vereins deutscher Schuhmacher.

w. Berlin, 8. Juni.

Dierter Verhandlungstag.

Eine Rede von Dresden wendet sich gegen die Aufnahme des Wittliches Kämer. Die Rede wurde nicht angenommen. Zu Punkt 4: Organisation und Agitation, nimmt als Referent Simon das Wort. Er kommt darauf zurück, das eine Anzahl Gesellschaften fast übergegangen sind, Agitationsbezüge zu bilden, um systematisch die Agitation betreiben zu können. Es hätten nicht nur Reichsvereine abgeschlossen, sondern auch Provinzialvereine geschlossen werden. Gerade die Heimarbeit ist es, welche sich auf die Organisierung der Kollegen in den Betrieben unwirksam macht. Hier kann die Organisation nur betrieben werden, wenn ein Solange an ein Arbeiterverhältnis nicht gebunden ist. Die Agitationsbezüge sind auf 10 vermindert worden, welche vorläufig für genügend halten. Wenn auch nicht alle Bezüge sofort gelegt werden, so wird es doch nach und nach geschehen müssen. Die Gesamtkosten würden sich auf 30 000 Mark belaufen. Diese Ausgabe würde sich durch Gewinnung der Lieberzeugung gewonnen, das eine intensive Agitation nur von einem besoldeten Beamten ausgeführt werden kann. Eine Veranschlagung mit dem Leberarbeiter-Verein abgelesen.

Es erhält nun der Vorsitzende des Leberarbeiter-Vereins das Wort. Zeiger erklärt, prinzipiell gegen eine Veranschlagung nichts einzuwenden zu haben. Nur sei es von vielen Mitgliedern verkehrt, zu glauben, das sich der Schuhmacher-Verein dem Leberarbeiter-Verein anschließen, da dieser nur 5000 Mitglieder habe. Der unangelegte Fall würde eintreten müssen. Er könne den Mitgliedern der Zusammenschluss nicht durch Veranschlagungsbefehl andrängen, vielmehr müssen die Mitglieder erst reif für diesen Zusammenchluss werden.

Nach zunehmender Debatte wird ein Solgantrag angenommen. Der Beschluss der Wilmers Generalversammlung betr. Zuschüsse zur Disziplinierung von vertriebenen Mitgliedern ist aufgehoben. Die Vorstandsliste betreffend Gewerbeziele wird angenommen. Die besoldeten Gewerbetreibenden sind auf Generalversammlung, auch ohne delegiert zu sein, zugelassen.

Die Diskussion über die Stich-Verlegung des Hauptvorstandes nach Berlin wird eröffnet, und nimmt dazu Christen das Wort, welcher für Verlegung nach Berlin eintritt. Dier auf erhalten Röde und Simon das Wort, nach scharfen Auseinandersetzungen wird die weitere Debatte auf Freitag vertagt.

Parteinachrichten.

In der gestrigen Sitzung unserer Reichstags-Fraktion wurde der Genosse Lebebour mit der parlamentarischen Vertreterschaft an den bismarckigen Parteiung in Bremen betraut.

Die Vertretung der Gesamtpartei auf dem internationalen Kongress in Amsterdam wurde den Genossen Weber, Pantuck und Singer übertragen.

Reichstags-Kandidatur. Als sozialdemokratischer Kandidat für die bisher in Aussicht stehende Reichstags-Wahl im 2. medienburgischen Wahlkreis (Schwerin-Bismarck), wie die Westdeutsche Volkszeitung, berichtet der Abgeordnete Dito Antik Berlin aufgestellt worden. Der bismarckige Kandidat des Schweriner Wahlkreises, Genosse Grotzows, hat die Kandidatur bekanntlich wegen schwerer Erkrankung niedergelegt.

Das Strafkonto der Parteigenossen wurde im Monat Mai mit insgesamt 2 Jahren 5 Monaten und 1 Woche 5 Tagen (insgesamt 1140 M. Geldstrafe) belastet.

Gewerkschaftliches.

Erhöhter Gewerkschaftsbeitrag. Die Bergarbeiterzeitung in Bochum weist in einem längeren Artikel darauf hin, das die Erregung der Bergarbeiter so gewaltig sei, das es den Führern kaum noch möglich sei, die Leute von einem Streik zurückzubalten. Anlässlich des Falles der Löhne bei steigenden Diszibenden, das Uebernehmen des Strafwesens und des Wagnens, rücksichtslose Anstreiber und Ueberwachten zu werden (bis 40 Schilling im Monat), schlechte Behandlung seitens der Beamten. Das Wort wartet aber, jetzt in einen Streik zu treten und ist die Verantwortung für einen plötzlich ausbrechenden Streik den Gewerkschaften und den Behörden zu, die die Vertreter der Arbeiter zur Fortbringung der Klagen und Beschwerden nicht empfangen.

Ein allgemeiner Zimmerstreik ist, wie aus Dantsig gemeldet wird, dort ausgedroht. — Die Zimmerer in Gembniß traten Mittwoch früh in den Streik ein, weil die Unternehmer ihnen ganz ungenügende Zugeständnisse gemacht hätten.

Lohnbewegung der Elbschiffer. Unter den Schiffsloten (Saupten) der Elbe macht sich eine Bewegung zur Erreichung höherer Hauptlohnlos geltend. Die einzelnen Vereine in den verschiedenen Elbsorten haben sich gegen den jetzt bestehenden neuen Lohnsatz ausgesprochen; sie gefordern eine Verneuerung des niedrigsten Gehalts zu, während der Erhöhung des höchsten Gehalts. Während einzelne Vereine für sofortiges Vorgehen zur Erzielung höherer Gehälter haben andere beschlossen, den Ablauf des Gehaltsjahres der Privatgeschäft-Transportgenossenschaft abzuwarten und dann ihre Entschlüsse zu treffen.

Ausland.

Solland. Der Rusland der Antwerpener Diamantarbeiter ist nach 1800täglicher Dauer nunmehr beigestellt worden.

Luftung aus Gießen. Von der Wirtin-Kuktion durch D. 1.10 M. Von die letzten Abzüge . . . 0.25 M. Für Kalender . . . 0.80 M.

Die heutige Nummer umfasst 6 Blätter.

Bismarckianischer Redakteur: Ernst Dammig in Götter.

Halle und Saalkreis.

Salle, 10. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Wurde am Erregung der Halleischen Arbeiterzeitung über die Reden der Herrenhäuser und ihr unerkümmertes Verhalten, was Reichstagswahlrecht zu belegen, nach dem Verlauf der letzten Versammlung bemerkt, dann stünde es um die Behauptung dieses Wahlrechts schlimm. Denn es waren kaum 100 Mitglieder, die sich im Reichstagslokal einfanden. Aber so ist es glücklicherweise nicht. Die nächsten Samstagsabende werden die größte Anzahl der Vereinsmitglieder, sich nach des Tages schwerer Last und Mühe im Freien zu ergehen und die müde Abendluft einzuatmen. Das verstehen wir vollkommen. Gleichwohl ist es kein unbilliges Verlangen, wenn der Verein fordert, in 14 Tagen wenigstens einen Abend seinen Verehrungen zu opfern. Das sind die Mitglieder der politischen Organisation am Orte und der durch sie vertretenen Sache schuldig.

Auch der Referent, Genosse Albrecht, bedauerte in seinen einleitenden Worten den schwachen Besuch der Versammlung und meinte bezüglich der im Volksblatt gegebenen Anregung auf sofortige Einleitung einer großen Protestbewegung durch den Parteivorstand, dieser habe jedenfalls den Herrenhäuser-Reden nicht die große Bedeutung beigelegt. Zu bedenken sei auch, daß die Samstagabende eine Versammlungslösung größeren Stils beizubringen hätten.

Uebergehend zu seinem Thema erklärte Gen. Albrecht zunächst die Zusammenkunft des Vereines. Die vollständigen Sätze von Bräuhen, die erlöschten Glieder der vertriebenen Standesherrn, die Vertreter von kirchlichen Stiften und Verbänden, von Universitäten und anderen staatlichen Körperschaften, sowie die Oberbürgermeister der Großstädte seien die Annäherer dieser erlöschten Körperlichkeit. Das vernichtende Urteil, das der Hofhistoriograph v. Treitschke schon vor 25 Jahren über das Herrenhaus abgegeben, treffe auch heute noch zu. In früheren Tagen hätte die sozialdemokratische und auch die sozialistische Presse von den Verbindungen des Herrenhauses kaum Kenntnis genommen, in neuerer Zeit aber blühten die Staatsfreier aus dem Reichstage, und dem Abgeordnetenstande in das Herrenhaus, wo ihnen kein ungebürdiger Sozialdemokrat vordringen und ihre Staatsfreiheiten nicht an den Feinden stellen kann. Der 10. Juni und der Dresdener Parteitag seien die „Trennen“ in die Glieder getreten, und so erlaubten sie sich, über den Reichstag zu Gericht zu sitzen. Das Reichstagswahlrecht sei es, das ihren „allerhöchsten“ Unwillen erzeuge und was sie lieber heute wie morgen beiseite möchten. Es sei falsch, daß man dieses Wahlrecht als ein Geschenk Bismarcks betrachte; wer das sage, beweise seine Unkenntnis, politische Geschäfte vom größten Gesichtspunkte aus zu erfassen. Die Wahlrechtsgattigkeit für das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht habe den Boden vorbereitet, auf dem das Wahlrecht erheben mußte. Bismarck mußte der allgemeinen Erörterung, die sich nach dem 64er und 66er Kriege gegen Bräuhen erloß, Zurechnung in Form des Wahlrechts machen. Diese Umstände haben Bismarck das Reichstagswahlrecht abgerungen. Alles andere sei politische Kanakerei.

Referent ging alsdann näher auf die Herrenhäuserreden am 11. und 13. Mai ein. An der Hand der vom Parteivorstand herausgegebenen stenographischen Aufzeichnungen gliederte er in trefflichen Worten und mit humorvollem Auszug die Reden der Klautaufer und Mirbach, indem er einzelne Teile herausgriff und an diesen ad oculos demonstrierte, welche inneren Persönlichkeitszüge dieser Herren seien. Auch das sozialpolitische und nationalökonomische Verständnis ließ er an eigenen Redenblättern dieser politischen Draufgänger leuchten. Nicht minder unterzog er die Antwort des Präsidenten des preussischen Staatshauses, des Reichslänglers Grafen Bülow, einer eingehenden Kritik und definierte die Verfassung der Regierung dahin, daß sie ohne weiteres bereit sei, den Wünschen der Staatsfreier nachzugeben, wenn die deutsche Wählerkraft seinen richtigen Gebrauch von dem Reichstagswahlrecht mache, d. h. wenn sie auch ferner Sozialdemokraten in den Reichstag schicke. Wir wissen alle, wozu wir uns von der Regierung des Grafen Bülow zu versehen haben.

Da die Reden der erwähnten drei Redner den ersten Tag der Herrenhäuserdebatten ausmachten, mußte sich der Referent wegen vorgeschriebener Zeit nur mit einer kurzen chronologischen

Zusammenstellung der Debatten des zweiten Tages begnügen. Ueber den Gesamtindruck der Herrenhäuser-Reden sagte er sein Urteil dahin zusammen: Die Junker haben den Reichstagswahlrecht verlangt. Auf die Regierung ihnen den Willen, dann ist auch das Volk in diesem Augenblicke an seine Verfassung gebunden. Von der Beantwörung einer Resolution gehe er ab, weil das später nachgeholt werden könne, und weil man andererseits nicht schon genug betonen könne, daß Sozialdemokratie auf der Hut sein müsse. Keine Zeit ist zu verlieren, um das Volk auf die ihm drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, damit dieses gewarmpet ist, wenn die Stunde schlägt. (Lebhafte Beifall.)

Wegen der Wichtigkeit der Materie beantragte Genosse Weismann, über den zweiten Tag der Herrenhäuserdebatten die Versammlung gleichfalls in ausgiebiger Weise, und zwar durch einen Schlussort, zu unterrichten; für den heutigen Abend deswegen auch von einer Diskussion abzugehen. Die Versammlung schloß demgemäß.

Beim Punkt Referendums teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand des Vereines auf Verlangen der Organisation der Schneider die Mitglieder Karl Raue und Erdmann Schulze aus dem Verein ausgeschlossen habe. Gleichfalls ausgeschlossen habe der Vorstand den Walter Pudra. Dieser will in die General-Versammlung appellieren.

Darauf verlas der Vorsitzende eine Resolution des Vorstandes, welche sich mit der Einrichtung der Reichstagswahlrecht befaßt und ihr Bedauern über diese Einrichtung ausdrückt. Genosse Treider protestiert gegen diese Resolution, da in seinem Gesichte sich der Schnapsausgang in der größten Ordnung vorliege und dem Vorstand sein Recht zustehe, in die Gemeindegewalt des einzelnen Parteigenossen einzugreifen. Verbietet man ihm den Schnapsausgang, dann müßten alle anderen Parteimitglieder mit gleichem Maße gemessen werden. — An der Diskussion, die sich daran knüpfte, beteiligten sich die Genossen Grimm, Wandermann, Neiwand, Weismann, Gebel, Albrecht, Raue. Hervorgehoben wird, daß die Sache nicht so harmlos sei, wie sie Treider hinstellt. Auch die Gewerkschaften hätten sich schon damit befaßt. Zudem sei es Pflicht des Vorstandes gewisse seine Meinung in dieser Hinsicht offen zum Ausdruck zu bringen, weil dem Reichstagswahlrecht zugleich Vereinsstol sei. Schließlich wurde Schluss der Debatte beantragt und angenommen, die Resolution des Vorstandes abgelehnt. Um 1/2 Uhr schloß Genosse Neiwand die Versammlung.

Die Arbeit der General-Anzeiger.

Das Magistratsorgan fällt sich bei jeder unpassenden Gelegenheit herbei, unsere Veröffentlichung über Vorfälle, an denen Polizeibeamte engagiert sind, zu korrigieren. Dasselbe Blatt hat einen wertvollen Beweis für seine Ehrlichkeit und Unparteilichkeit erbracht durch seinen Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung. Als treuer Anwalt Heibold läßt nämlich der General-Anzeiger seinen Oberbürgermeister Staudt im Rechte aus freiem Antrieb sagen, Philipp sei die Verhängnis verurteilt, die Strafe aber im Stadengericht in Geldstrafe umgewandelt worden.

Durch diese Art der Darstellung wird die ganze Herr Staudt empfindlich bloßgestellt. Die Zwischenfälle einfach eskamotiert, zu deutlich; den Verleser des General-Anzeigers unterschlagen. Herr Staudt hatte eben nicht zugegeben, daß Ph. zu Gefängnis verurteilt worden war. Er sprach vielmehr lediglich von einer Verurteilung zu geringer Geldstrafe im Gegenfall zu der vom Interpellanten behaupteten Verurteilung zu Gefängnis. Die Stadtverordneten mußten — und sollten wohl auch — durch Staudts Darstellung auf der Hebung gelangt, gegen Ph. sei überhaupt nicht auf Gefängnis erkannt worden. Wies doch Herr Staudt ausdrücklich auf die milde Bestrafung als einen Beweis dafür hin, daß das Vergehen Philipp — Herr Staudt nannte es gar bloß eine „Uebertretung“ — nur ein geringes gewesen sein könne. Es bedurfte erst eines erneuten und ganz energiegelassen Eingreifens des Interpellanten, ehe Herr Staudt sich zu dem Eingehändnis bequeme, Ph. sei allerdings zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die Strafe aber durch die Gnade des Landesfürsten in Geldstrafe verwandelt worden.

Dieses erst nachträglich, sozusagen erzwungene Eingehändnis des Herrn Staudt machte ja eben auf die Stadtverordneten jenen Eindruck peinlicher Verblüffung, der von den Geistlichen deutlich zu lesen war. In privaten Gesprächen haben mehrere Stadtverordnete nach der Sitzung das Verhalten des Herrn Staudt mit Worten belegt, die wir unmöglich wiedergeben können.

Es lohnt sich, diesen neuen Fall von objektiver, unparteiischer Berücksichtigung durch den General-Anzeiger anzunehmen. Wenn ein Blatt schon dort, wo es von der Öffentlichkeit kontrolliert werden kann, in dieser Weise zeigt, die Wahrheit zu forcieren, was mag es da erst seinen Lesern auf den anderen Gebieten als Wahrheit aufzählen, die eine Kontrolle nicht oder doch nur sehr schwer ermöglichen.

Einem recht zweifelhaften Sieg.

erfolgt in der letzten Sitzung des Landgerichts die allgemeine Kornhaus-Gesellschaft gegen einige rentierte Mitglieder, die sich weigerten, die von der Generalversammlung beschlossene Erhöhung der Geschäftsanteile zu bezahlen. Am Februar 1903 haben die Kornhausgenossen bekanntlich den Beschluß gefaßt, die Geschäftsanteile von 5 auf 30 M. pro Anteil zu erhöhen. Für die Erhöhung waren etwa 240 und gegen dieselbe drei Stimmen abgegeben worden und entsprach der Beschluß den vorliegenden Bestimmungen. Die Besagten glauben aber, zur Zahlung nicht verpflichtet zu sein, und waren demnach in einem früheren Termin den Leuten der Gesellschaft Verhinderung und Verhinderung vor. Seitens der Genossen, die den Generalversammlungs-Beschluß nicht anerkennen, wurde geltend gemacht, daß die Gesellschaft bereits vor dem Beschluß nicht mehr in der Lage gewesen sei, ihren Verpflichtungen nachzukommen und sei schon damals mit Unterlassung gearbeitet habe. Die Gesellschaft habe sich sogar in Spekulation mit fremdem Geld und dabei bedeutende Verluste erlitten. Dies sei ein Verstoß gegen die Satzungen der Gesellschaft, und brauchten die Besagten infolgedessen jenen Beschluß auf Erhöhung der Anteile nicht anzuerkennen. Bei der Beratung von Mitgliedern hätten die Direktoren freigelegt, die Gesellschaft habe finanziell gut da; das sei aber nicht der Fall gewesen. Das Kornhaus hätte unter den vorliegenden Umständen nicht zu dem Mittel der Erhöhung der Anteile greifen, sondern lieber zu dem Mittel der Auflösung der Gesellschaft. Seitens des Anwalts der Gesellschaft, Rechtsanwalt Zuchowatz, wurde bestritten, daß die Kornhaus-Gesellschaft so schlecht stehe, wie seitens der Besagten behauptet werde. Eine Verhinderung habe nicht stattgefunden, da die Besagten ja mit dem, was sie als notwendig erachteten, verfahren waren. Der Generalversammlungs-Beschluß befehle zu Recht und die Besagten wären zu verurteilen.

In der früheren Verhandlung war angefragt worden, die Direktoren der Gesellschaft zu vernehmen. Ob das geschehen ist, kam aber in der Verhandlung nicht zur Sprache. Gelegentlich wurde aber, wenn es vorgekommen sei, daß die Direktoren etwas übertrieben haben, oder sich Uebereignung erlaubt hätten, an Grimm befragen die Besagten von ihren Verpflichtungen unterrichtet werden können. Demnach hätten die Direktoren hätte den Besagten bekannt sein müssen; eben so sei nicht unbekannt gewesen, daß das Kornhaus auch mit fremdem Geld beauftragt habe. Die Besagten werden schließlich verurteilt, die beschlossene Erhöhung der Geschäftsanteile zu bezahlen, und müssen auch die Kosten des Rechtsstreits tragen. — Wenn der Prozess auch den Ausgang nicht genommen hat, der befürchtet wurde, so hat er doch ergeben, daß Vorgehen, die früher von der Gesellschaft bestritten wurden, nunmehr gerichtlich festgestellt worden sind.

Eine öffentliche Publizität als Folge der Genehmigung veranlassen zu haben wurden beauftragt die Vorstandsmitglieder des Begründervereins Freundlichkeit, der Brauer Friedrich Strauß, der Arbeiter Theodor Stumme, der Wälder Otto Engelhardt und das Mitglied, der Restaurateur Hermann Eckstein, sämtlich aus Trotha. Das höchste Schöffengericht hatte sämtliche Angelegenheiten von der in Frage kommenden Uebertretung der Regierungsvorschrift vom 4. September 1897 freigesprochen, wogegen aber der Amtsanwalt Berufung eingeleitet hatte. Das Verlangen hatte am 1. November vorigen

Kleines Feuilleton.

Sozialdemokratie und Wissenschaft. Die deutschen Buchhändler haben kürzlich eine Enquete veranstaltet, deren Resultat auf einen Buchhändlerkongress zu Stuttgart erodiert wurde. Zur Enquete hatte sich auch der Wüppinger Universitäts-Professor Hugo Brentano in einem Briefe geäußert, dem wir folgende interessante Stelle entnehmen:

Es ist mir leider nicht möglich, an den Verhandlungen am 11. April teilzunehmen. Ich bedauere das um so mehr, als die Zahl der zur Teilnahme Aufgeforderten wichtige Stellen ausfüllt. So fehlen die Vertreter katholischer Literatur sowie der sozialdemokratische Verlag von Dieck in Stuttgart.

Es wäre doch von Interesse gewesen, von Ihnen zu erfahren, warum katholische und sozialdemokratische Bücher so viel billiger (auch solche rein wissenschaftlichen Charakters wie z. B. die vier Bände Werke des Chepares Weiss), als nichtkatholische und nichtsozialdemokratische Bücher. Die Regierung gibt sich so viele Mühe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Warum kommt sie nicht für eine Erleichterung des Buchhandels, welche nichtsozialdemokratische Bücher ebenso billige wie sozialdemokratische macht? In der Diskussion wurde meistens auf den Preis Bezug genommen. Beistimmen konnte die unabweisbare Tatsache nicht werden, die noch schwerer liegt durch die weniger allgemein bekannte Tatsache, daß die sozialdemokratische Bewegung in wissenschaftlicher Hinsicht sehr Verpflichtungen ganz anders auflöst als der bürgerliche. Er kann nicht darauf rechnen, daß seine Autoren ihm einen Aufschub zahlen, sondern er muß dieselbe, die ja nicht mit Geldzahlungen, sondern mit wissenschaftlichen Arbeiten erfüllt durch einen ausgiebigen Vorstoß ermöglichen. Seine Autoren sind auf ein einfaches Honorar angewiesen, das nicht auf der Basis kapitalistischer Profitmaximierung, sondern unter Zugrundelegung eines gerechten Lohnes festzusetzen wird. — kommt dem sozialdemokratischen Verfasser weitestgehend zu dem bürgerlichen, da bekanntlich in den sozialdemokratischen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeutend günstiger sind als in bürgerlichen. Das Geheimnis, wie trotz-

den die verlesenen Bücher so viel billiger sein können, läßt sich leicht einsehen; weil sehr oft weniger als ein halbes Prozent mehr, weil der sozialdemokratische Verfasser die Ehrenpflicht anerkennt, die Wissenschaft zu fördern und nicht durch Profitgier die Verbreitung zu hemmen.

Der westliche Roland. *Le roman de l'Alsace* im Auftrag des Kaisers komponiert. Der Dichter Roland von Vellein hielt von seiner Vaterstadt, und Maximilian haben gibt der Landeshauptstadt in der Zukunft folgendes geistreiche Prädikium:

„Die vaterländischen Romane Wilhelm Meißel“ konnten in jedem guten deutschen Bürgerhaushalt zugleich künstlerische und patriotische Freude erregen. Die Unabwärtigkeit der Hohenzollern sollte der Dichter gründlich kennen lernen, den unerschütterlichen Entschloß des Herzogtums, von dem unter allen preussischen Königen allein Friedrich der Große und Kaiser Wilhelm I. ganz frei gelassen sind; so wird man nicht die Dichter des Romans von Berlin und der Polen des Herrn von Wedow von seinem kühnlichen König wie ein anderes Zeichen der Teilnahme empfangen als jenen ungetreuen Vögel, der ihm die liberalen Vermählungen seiner Westfälischen Zeitgenossen hat nachzusehen. So nach der Zeit im Jahre 1894 zu seinem Volke. Es sei ihm dort bekannt wurde, hätte, im selben Jahr, der deutsche Kaiser den Komponisten Leontowale, einen in Italien geborenen Juden, aufgeführt, aus dem Wolandroman westlichen Meißel die Dichtung entkam. Wir haben trübe deutsche Talente: Strauß, Wagner, Humperdinck, Weinberger, Schilling, manchen anderen vielleicht noch; und ein italienischer Oberstleutnant wird zum Repräsentanten der Welt aufgeführt, einen unheimlichen Anblick als Nachfolger und Komponist zu gestalten. Sind die Jellen wiederrecht, so deutsche Jellen sich von reichlich bezahlten Schmeichlern als Beschäftigung ihre Kunstfertigkeiten bereiten liegen.“

„Gut! Gute deutschen Meister, dann kommt Herr gute Geister!“

Der Komponist Meißel, immer noch verhallt.

Der Leontowale hat mit der besten Zustimmung des Kaiser einen lange nachhallenden Mode-Erfolg gehabt; die Welt seiner Meißel liegt nicht nur, sondern noch sogar abseits; zwei andere Opern können selbst durch die billige Bekanntheit reichlicher Entlohnung nicht in die Höhe gebracht werden. Also ein Mann, der einmal, mit völlig un-

fünfteligen Mitteln, auf den Weltren geht hat. Der kein er ist einfach; weil nicht so wenig als ein deutscher Leben, deutsche Weltliche nicht kennt, das tiefe Wesen in der robusten Kunst Wilhelm Meißel; also gar nicht zu fühlen, und noch weniger natürlich zum Tönen zu bringen vermag. Ein Mann, der wenige Jahre nach Wagner's mühseliger Lebensarbeit in Deutschland höchstens als Entlohnung zum Spiel geübt werden dürfte. Der geistlich nach jeder Erfolgsmöglichkeit haßt; gelteu Jaga, eines der ihmgerichtigsten Deutschlände, komponierte, mochten der Zingelungelängerin Zerkelbe eine Zuger auf den bräunlichen Leib schreiben wird. Dem wird eines von den Reichlichenden malischer Dichtung vom Thron der Verarbeitung geliebt; ein wenig, doch ein echtes. Was die Welt weiß sagen würde, wenn ihrem Glauben der Einmal fime, Walter Scott einem weichen Genieempfindungen zur Verarbeitung auszuweisen und den schmerzigen Herrn wie den Weltan der Gemalt zu feiern? Und England ist doch nicht der Erblich Klingender Kunst.

Ich schweigen und heugen uns. Charles Zante im neuen Deutschland; Ohnet ein großer Dichter; dem Pambrin und Deutschland Meißel einen einhundertjährigen Grab über Belton; Leontowale der Schöpfer künstlich vollendeter Werke, der Meister fichting. Gottfried Keller aber, Raabe, der Märler Fontane existieren nicht; dem toten Büdlin fime Ehrenbezeugung, dem lebenden Singer nur Spott; fime Sandlich ist „an grün“, sein Verweihen fomit; Spawmann nicht würdig des Schillerpreises; Seil, Liebermann, Hobe in den Stimmlein gewiesen; Wagner, Schilling, und die anderen müssen jubelnd, hungernd oft, harren, bis sich ein Spätzchen der Solooperferte ihnen anflut, müssen lücheln hören, wie man im Zustand lücheln, so schlecht fime es liegt, wie die deutsche Musikanten hat der deutsche Kaiser einen Italiener verfahren müße, um eine altertümliche Dichtung auf die Opernbühne zu bringen.

Unlere öffentliche Meinung ist private Feigheit. Die schweigen lokal. Die Kulturgeschichte wird ein viel reiblicher sein.

Der einmale guttas nagel. In Nr. 149 der Deutschen Worte findet sich folgendes Zitat: „Für meinen Naturbeobachtung hat der deutsche Kaiser eine wunderbare reichliche Nase, erende ist ein guttas nagel.“ — Das wohl „erend“?

Saison-Ausverkauf

Waschstoffe.

Mousseline	48 Pfg. an	Levantine	18 Pfg. an	RESTE	mehrere 100 Stck. in Kattun Levantine Kleiderstoffe
Blusen-Zephyr	16 Pfg. an	Kleider-Satin	28 Pfg. an		
Organdy	48 Pfg. an	Weiss Batist	52 Pfg. an		

Nach der Saison sind jetzt die Preise bedeutend ermässigt

Damen-Konfektion, Blusen, garn. Damenhüten, Kinderhüten, Sonnenschirmen, Kleiderstoffen jeder Art.

Ausgabe
meiner Rabattsparmarken
oder Kaufum-Marken
oder auf Wunsch
sofort 5 Prozent in bar.

H. Elkan

Halle a. S.

Kaufhaus 1. Rang, Leipzigerstrasse 87.

Bei Einkauf von
5 Mark an
erhalten Sie ein
Extra - Geschenk.

Fachverein der Zimmerer von Halle u. Umg.

Sonnabend den 11. Juni 1904 abends 8 1/2 Uhr im Saale der Weissen Hof, Geiſtſtraße 5,
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, Neuwahl des
Vorſitzenden. 2. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, vollständig und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Arbeiter-Sänger-Bund der Prov. Sachsen u. Anhalt

Sonntag den 12. Juni von nachmittags 3 Uhr ab
XIII. Bundes-Sängerfest
in sämtlichen Räumen der Funkenburg zu Merseburg.
Auftreten von ca. 700 Sängern.
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Metallarbeiter-Verband

Sonnabend den 11. Juni abends 8 1/2 Uhr im Konzerthaus,
Hartſtraße 14
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vorkommisse in hiesigen Fabriken. 2. Ver-
bandsangelegenheiten.

Klempner u. Installateure

Sonnabend den 11. Juni abends 8 1/2 Uhr in den Drei Königen
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Der Stand unserer hiesigen Bewegung.
2. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Achtung! Mühlenarbeiter. Achtung!

Sonntag den 12. Juni nachm. 3 Uhr im Restaurant „Erholung“,
Martinsberg 6
öffentl. Mühlenarbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Unsere Lage und wie verbessern wir
dieselbe am besten. Referent: Redakteur Adolf Thiele. 2. Unsere
Bewegung.
Zu dieser Versammlung sind hauptsächlich die Frauen eingeladen.
Die Lokalkommission. J. A. S. Richter.

Zentralverband der Schmiede.

Sonnabend den 11. Juni abends 8 1/2 Uhr im „Englischen Hof“,
Großer Berlin 14
Versammlung.
Tagesordnung: Bericht über die Verbesserung der Schmiede
in Leipzig. Die Ortsverwaltung.
NB. Der Ausflug nach Nietleben findet Sonntag den 12. Juni statt.
Sammelort nachmittags 1/2 Uhr an der Bergstr. gegenüber der
Steinmühle. Das Veranagungs Komitee.

Sozialdemokratische Partei Zeitz.

Sonntag den 12. Juni, mittags 1 Uhr 44 Min.
Grosser Ausflug Schleinitz b. Osterfeld.
Abfahrt vom hiesigen Bahnhof; dabei muß aber jeder möglichst recht-
zeitig sein. Abfahrt: Sonntagabends.
Alle Genossen und Genossinnen werden um Beteiligung ersucht.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Turnverein Fichte, Halle a. S.

Mitglied d. Arb.-Turnerb.
Vereins - Karl-
Ludwig-Konzerthaus str. 14.
Turnstunden:
Dienstags u. Freitags, abends von
8, bis 10 1/2 Uhr in der
Schulturnhalle Hermannstr.
NB. Heute, Freitag
Vereinsversammlung
im Vereinslokal
Sonntag d. 31. Juli Sommerfest mit
Schauturnen im Bellevue. D. V.

Neu eingetroffen:
Sie müssen!
Ein offenes Wort
an die christliche Geistlichkeit
von Hermann Kutter, Diakon am
Neumünster in Jülich.
Preis 22 Mf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Geiſtſtraße 21

Auf alle Preise
5 Prozent
Rabatt im
Marken des
Rabatt-Spar-
Vereins.

Sportwagen,

eleg. Form, saubere Lackierung,
von 5.30 Mf. an.

Sportwagen,

viele Neuheiten, bis 45 Mf.

C. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
Am Abend 8 1/2 Uhr im Konzerthaus.
Täglich
steigender Erfolg!
Täglich
unaufhörliche Lachstürme
entfesselt die Burleske
„Der Lumpenball“
sowie die Volkspoppe
„Der alte Wolf“
mit **Haskel** in den
Haupt-Rollen.

Walhalla-Theater.

Direktion: F. W. Jedermann.
Wiederum total neues Programm
der brillanten
Winter-Dynians.
Der Garten bietet in der jetzigen
warmen Jahreszeit infolge seiner
vorzüglichen Ventilation an-
genehmsten Aufenthalt.

„Augarten“

Merseburg.

Sonntag den 12. Juni
Schweinebraten
am Zwick.

Geld

verdienen
ist die Parole der heutigen Zeit.
Versuchen Sie und lassen Sie sich
einen
eleg. Anzug nach Maß
für
Mk. 22.50
hergestellt aus
reellen Stoffresten
arbeiten und Sie werden sich über-
zeugen, daß ein Verzicht zu dauern-
der Kundstuf führt.
Rester-Handlung
G. Paul,
Große Ulrichstraße 21, 1. Etage.

Gebr. Mullert
Große Sandstraße 1.
Prima Leinöl, Firnis
a. Pfund 25 Pfg.

rb.-Bild.-Vor. Halle.

Sonntags, Freitag, abends
8 1/2 Uhr im Konzerthaus.
Vorstandssitzung.
Alle Erscheinen erw.
Bitte d. Mitglieder
auf die ev. Annonce in
morgens. Nr. 2 achten.

Neu erschienen:
Vieder eines fahrenden Schäfers
nebst einem Jugendbildnis und einer
Biographie des Dichters und einem
Vorwort von R. Lawand.
Herausgegeben von Anna Wittich.
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Geiſtſtraße 21.

Ausgezeichnete

Gutsbutter

Stück 48 Pfg.
Sohseine
Molkerei-Butter
Stück 110 Pfg.
Georg Holtzhausen
Leipzigerstr. 1.
Mitglied des Rabatt-Spar-
Vereins.

In vorzüglichen Qualitäten empfohlen
u. r. selbstgeherbete Waren:
Bergmanns-Jaden, Drell-Kadettis
u. **Drell-Sojen, Reichsojen** in
viel schön. Mustern, Normalanzüge
Zwirn-Sojen u. Belien, Mouret-
blusen m. Gürtel, Barchentbenden
W. A. Kyritz, Trödel 2, Markt.

Es muss noch viel
bekannt werden, daß es Form-
sticker, 109 bei Paul Drieten
für wenig Geld eine wirklich
gute Zigarette gibt.

Fussboden-Glanzacklarbe

erhalten Sie am besten und billigsten
das Pfund zu 95 Pfg., 2 Pfund-
Dose 1.25 Mf.

Oelfarbe,

das Pfund zu 40 Pfg., über Nacht
harttrocken, bei
Ernst Buschendorf, Rosenstr. 22
Drogerei, Burg-Glasbrennerei,
Telephon 2858, Ecke Burgtheater.

ff. Senfgurken a. Pfd. 25 Pf.
Matjes-Heringe Stück 8 Pf.
Neue saure Gurken Stück 20 Pf.
Malta-Kartoffeln
empfehlen
A. Trautwein.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.